

SPÖ Bundesfrauenkonferenz am 10. Juni 2010

Antrag 10. Aidsprävention Eingebracht von AKS, SJ, VSSTÖ

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Statistiken von UNAIDS (dem UN Programm zu HIV/AIDS) zeigen, dass geschätzte 33,4 Millionen Menschen weltweit mit HIV leben und etwa die Hälfte von ihnen sind Frauen. Es wird angenommen, dass jedes Jahr rund 3 Millionen Menschen neu angesteckt werden und fast ebenso viele an AIDS sterben.

Frauen und Mädchen sind besonders anfällig für HIV-Infektionen – aus sozialen, wirtschaftlichen und biologischen Gründen. Frauen zwischen 15 und 24 Jahren werden drei- bis viermal häufiger angesteckt als junge Männer und die Infektionsraten bei Frauen steigen in allen Weltregionen und in den meisten Ländern.

Die Infektionsrate bei jungen Menschen ist doppelt so hoch, vor allem bei jungen und verheirateten Frauen, die die Grundschule nicht abgeschlossen haben.

Kinder-Ehen, sexuelle Gewalt und Nötigung, die Machtlosigkeit der Frauen, auf sicheren Sex (safe sex) zu bestehen, andere Macht-Ungleichgewichte und Ungleichheiten, ebenso wie Armut sind die Ursache dafür, dass Frauen keine Kontrolle über ihr Sexualleben haben.

Weltweit haben wenige Mädchen und Frauen Zugang zu Information, Sexual-Erziehung und Angeboten, die auf sexuelle und reproduktive Gesundheit abgestellt sind.

Frauen tragen auch die Hauptlast der Pflege von erkrankten Angehörigen und der Unterstützung für HIVinfizierte Personen.

Die Bundesfrauenkonferenz der SPÖ fordert daher:

Die SPÖ-Frauen rufen daher Regierungen, Gesundheitsministerien und - Verantwortliche auf, bei der XVIII. Internationalen AIDS-Konferenz in Wien vom 18. – 23. Juli 2010, folgenden Forderungen absoluten Vorrang zu geben:

- Geschlechter-Gleichstellung in Erziehung, Ausbildung, Beschäftigung, in finanziellen und rechtlichen Angelegenheiten (inkl. Besitz- und Erbrechte);
- Zugang zu Angeboten zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit für Mädchen und Frauen, sowie Zugang zu Tests, Behandlung, Beratung, Pflege und Unterstützung;
- Zugang zu und Verkauf von Verhütungsmitteln für Mädchen und Frauen, wie Femidomen und Kondomen;
- Zugang für mit HIV infizierte Mädchen und Frauen zu leistbaren, sicheren und wirksamen Medikamenten sowie eine Datenerhebung zur Behandlung, nach Geschlecht, Alter, Zivilstatus und Behandlungsdauer;
- HIV-Prävention, freiwillige Beratung und Tests in Gesundheitsdienste einzubauen, inkl. Sexueller und reproduktiver Gesundheit, Familienplanung, Schwangeren- und Tuberkulose-Beratung;
- Geber-Länder haben bei der Entwicklungszusammenarbeit darauf zu achten, dass mit HIVinfizierten Personen, besonders Mädchen und Frauen, Empowerment, Unterstützung und Hilfe angeboten wird;
- Einführung bzw. Intensivierung von Sexual-Erziehung und Information über HIV/AIDS in den Schulen;

- strafrechtliche Verfolgung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere im Fall sexueller Nötigung und Vergewaltigung, auch in der Ehe, FGM (weibliche Genitalverstümmelung), Kinderheirat sowie Frauenhandel;
- die Einbindung auch von Buben und Männern in HIV-Präventionsmaßnahmen;
- Respektierung und Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen.